



Öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss auch Jugend ansprechen

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss auch Jugend ansprechen
Zum ARD und ZDF-Jugendkanal erklären Cem Özdemir, Bundesvorsitzender, und Tabea Rößner, Bundestagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll möglichst alle Menschen erreichen. Das meint auch Jugendliche und junge Erwachsene. Doch viele junge Menschen fühlen sich vom öffentlich-rechtlichen Programm nicht angesprochen. Daher müssen die Rundfunkanstalten wie auch die Verantwortlichen in den Ländern die Frage beantworten, wie junge Menschen vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk erreicht werden können. Wir Grüne haben deshalb den Aufbau eines eigenständigen Jugendkanals gefordert und befürworten das weiterhin. Trotz aller Bedenken darf das Projekt nicht zu den Akten gelegt werden." Über die Ausstattung und die Ausgestaltung eines Jugendkanals wird sicher intensiv geredet werden müssen. Ein Jugendkanal braucht ein Budget, mit dem ein gutes Angebot gestaltet werden kann. Ein 'halber' Jugendkanal mit zu wenig Mitteln bringt uns nicht weiter. Auch müssen sich die öffentlich-rechtlichen Sender der Mediennutzung von Jüngeren schon so weit anpassen dürfen, dass diese auch erreicht werden. Daher soll der Jugendkanal auf den drei Säulen Internet, Fernsehen und Radio basieren und auf jeden Fall länger als sieben Tage im Netz verfügbar sein. Mit dem Programm sollen auch Minderheiten angesprochen werden und eine Rolle spielen. Und wir brauchen ein Programm von jungen Menschen für junge Menschen. So kann der Jugendkanal erfolgreich sein."
PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesvorstand
Dr. Jens Althoff, Pressesprecher
Platz vor dem Neuen Tor 1 *
10115 Berlin
Email: <mailto:presse@gruene.de>
Tel: 030 - 28442 130 * Fax: 030 - 28442 234


Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und einen Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.